

Volker heißt ohne mich vorher mit der Organisation in Verbin- dung zu legen.

Der Herr Ministerialdirektor schlägt, das ist das Be- merkenswerte an dieser Kundgebung, in ihr nicht mehr die Verfassungstreue Parole, er hielt sich, auf die Vorhaltungen, die ihm wegen des Geistes in der Beamtenschaft gemacht worden sind, einzugehen. Er wagt an die Tatsache, daß in verschiedenen Disziplinarverfahren die Beamtenschaft sich ostentativ gegen die verfassungsmäßige Regierung gewendet, daß sie frowardende Beamte in Schutz genommen hat, nicht zu rühren. Das Schweigen über diesen Punkt ist ein be- merkenswertes Zugeständnis. Herr Voelker schiebt jetzt die Sache vollständig auf das Gebiet der Berufsinteressen der Beamten. Darauf ist ihm zu sagen, daß die Interessen einer kleinen Gruppe höherer Beamter, die übrigens nur unwesent- lich geschwächt werden, hinter den Interessen der Allgemei- heit, hinter der von der Mehrheit der Bevölkerung energisch geforderten Demokratisierung der Verwaltung zurücktreten müssen. Nützlich vornehmlich ist es, die „Gewerkschaft“ der höheren Beamten, die mittleren und unteren werden sich wohl noch sehr überlegen, den Ministerialdirektoren, Geheimräten usw. blinzelnd Gefolgschaft zu leisten; aus ihren Kreisen sind schon mehrfach Befundungen des Gegenteils gekommen — gegen die politische Organisation der Arbeiterschaft auszu- spielen, die der Minister bei der Besetzung der Posten gefragt habe. Die politische Organisation der Arbeiterschaft ist die Vertretung der Bevölkerungsklasse, der durch die Wahlen die politische Macht in Sachsen und damit das Recht und die Pflicht zugefallen ist, die politische Entwicklung des Frei- staates zu bestimmen. Die Befragung dieser Organisation war deshalb eine Selbstverständlichkeit und ganz besonders in der Amtshauptmannschaft Leipzig, wo in der Bezirksver- sammlung, mit der der Amtshauptmann arbeiten soll, eine starke proletarische Mehrheit vorhanden ist. Obgleich wird die Gemeindeverfassungsreform die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaft bringen, der Minister hat also hier durchaus fadengemäß, hat aus Staatsnotwendigkeit gehandelt. Die Interessen der kleinen Gruppe höherer Beamter als gleichwertig gegen die Interessen der Bevölkerung zu setzen, ist weiter nichts als ein Stück jenes Bürokratenhochmuts, der da glaubt, daß das Volk der Beamten wegen da sei, jenes Bürokratenhochmuts, den das alte Regiment geist- liche geizt hat.

Mit dieser ostentativen Betonung der Berufsinteressen wird indes der Herr Ministerialrat der Deffektivität nicht das Bewußtsein trüben, daß mehr als solche bloße Berufs- interessen hinter der Aktion der Beamtenschaft stehen, daß die gesamte Reaktion, d. h. also die bürgerliche Front von den Deutschnationalen bis zu unseren sächsischen Wasserjungen- Demokraten sich gegen die Demokratisierung der Verwaltung auflehnt, weil sie in diesem Schlupfwinkel der Bürokratie noch eine Machtposition hat, von der aus sie dem Freistaat Sachen wieder auf vornovemberlichen Fuß zu einer Form zurückbringen hofft, in der das Volk „seinen Dreck nicht mehr alleine macht“. Das zeigt sich in der lebhaftesten Unter- stützung, die die Aktion der Voelker bei sämtlichen bürger- lichen Parteien findet. Von allen sind bereits Anfragen wegen der „Affäre Kessel“ im Landtage eingereicht, wobei bezeichnenderweise unsere Wasserjungen-Demokraten die ersten auf dem Plan waren. Dann hat sich das Sammel- heiden der Leipziger Reaktion, der Leipziger Bürgerauschuß und der Bezirks-Bürgerrat Leipzig-Land zusammengesetzt, und da wir einmal in der Vera der Offenen Briefe sind, auch einen Offenen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten aufgedruckt, worin nicht mehr und nicht weniger gefordert wird, als daß die Ernennung Kessels rückgängig gemacht werde. Da dürfen sich die Herren denn doch etwas arg schneiden. Daß diese Herren Vereinsmeister natürlich im Namen der Bevölkerung und im Namen der gesamten Bür- gerschaft sich zu reden erlauben, daß diese hochwürdige „ge- bildete“ Gesellschaft dem Genossen Kessel „die erforderliche persönliche und soziale Kultur“ abspricht, — diese Vertreter der Gebildeten stellen hier ihrer Bildung selbst ein erhebendes Armutszeugnis aus, indem sie völlig unlogischerweise von einer Einzelpersonlichkeit soziale Kultur verlangen, was ein vollendeter Witz ist, man kann sie natürlicherweise nur an Gemeinschaften finden oder vermissen — kurz und gut, daß diese bildungsstolzen Apaten den Genossen Kessel als einen minderwertigen Proletarier öffentlich anfeinden, das kann bei gewöhnheitsmäßigen Lesern der Herfurth- papiere nicht weiter überrasken. Um der Sache noch einen größeren Anstrich zu geben, haben sie auch noch an eine Versammlung höherer Beamten in Dresden eine telegra- phische Kundgebung erlassen. Diese Dresdner Beamten- versammlung hat in einer Resolution die Voelkerschen Nebensartien wiederholt. Außerdem hat auch noch die Ar- beitsgemeinschaft wissenschaftlich vorgebildeter Beamten Sachsens, der nach ihrer Versicherung über 7000 höhere Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten Sachsens einschließ- lich der Geistlichen und der Lehrer angehören, erklärt, daß sie die Ernennung des Genossen Kessel als eine schwere Be- drohung „der gesamten höheren, mittleren und niederen Be- amtenschaft“ — darunter tut sie's nicht — empfindet. Die mittlere und niedere Beamtenschaft wird dieses warme Empfanden der Herren Geheimräte, Geistlichen usw. für ihre Interessen entsprechend zu würdigen wissen. Wie, das zeigt die Zuschrift von einigen Beamten der Amtshauptmannschaft Leipzig, die wir weiter unten abdrucken.

Die sächsische Regierung und die sächsische Arbeiterschaft werden diesen Sturm der „Verfassungstreuen“ mit Gemüts- ruhe zu ertragen wissen. Wenn die Herrschaften aber, aufge- itacht durch die Ermunterungen, die ihnen die kappistische Presse und ihre Parteien zuteil werden lassen, versuchen sollten, die Kampfansage, die mit bemerkenswerter Schärfe am Schlusse der Voelkerschen Ausführungen ausgesprochen wird, zur Tat zu machen, so werden Regierung und Arbeiterschaft ihnen zu zeigen wissen, daß sie auch noch etwas anderes können, als gemütsruhig diesen Vorstößen gegen die Republik zusehen. Dessen dürfen die Herren Geheimräte und ihre Hintermänner im Lager der Gegenrevolution sicher sein.

### Eine ganz andere Stimme aus der Beamtenschaft.

Folgendes Schreiben ging uns zu:  
Leipzig, am 21. Juli 1921.  
Bezugnehmend auf die Ernennung des Herrn Kessel als Amtshauptmann, begrüßt es ein Teil der Beamten und Angestellten der Amtshauptmannschaft sehr, daß endlich einmal einem Manne aus dem Volke die Geschicke der Amtshauptmannschaft und damit des Bezirks in die Hände gelegt worden sind und daß nun nicht mehr der Amtshauptmann und die Mittelstandsbesitzer die einzigen „Mit- glieder“ im Bezirk sind!  
Völlentlich über dann auch einmal die politische Schu- lungen, zu der die Gendarmenbeamten des Bezirks bisher wider ihren Willen durch den Amtshauptmann und durch den Gen-

darmerke-Oberinspektor Peter gezwungen worden sind, auf Rehterem möchte einmal ganz besonders auf die Finger gesehen werden.  
Einige Beamte der Amtshauptmannsch.

### Wie man mit reaktionären Bürokraten umgehen muß.

Im Freistaat Braunschweig suchen verschiedene Vertreter der alten Bürokratie, wie in Sachsen, dem neuen sozialistischen Regiment durch starres Festhalten an vornovember- lichen Praktiken Schwierigkeiten zu bereiten. Dabei hat sich kürz- lich einer der edlen Jungs eine Ohrfeige geholt, die abschreckend auf seine Brüder im reaktionären Geist wirken dürfte.

Regierungsrat Hartwig als Vertreter der Kreisdirektion Braunschweig hatte die Dreifaltigkeit beflissen, dem Gewerkschafts- partei bei einem geplanten Umzuge rote Fahnen zu verbieten, und begründete dieses Verbot wie folgt:

„Gerade so wenig wie die schwarz-weiß-rote Fahne eine rote Fahne eine anerkannte Fahne. Das Mitführen solcher Fahnen kann unter den heutigen Verhältnissen, auch wenn ungewollt, nur provozierend auf einen nicht unerheblichen Teil der Kreisange- hörigen wirken. Mit solchen Aufzügen ist notwendig eine Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung verbunden, die zu ver- hüten Hauptaufgabe der Landespolizeibehörde ist.“

Dieser edle Herr Regierungsrat hatte sicher unsern Genossen Sepp Dertter, der Ministerpräsident von Braunschweig ist, so einge- schätzt wie rechtssozialistische Minister, die bisher jede reaktionäre Schandtat deckten. Er hatte sich aber verrechnet. Sepp Dertter hat nicht vergessen, daß er Vertreter des Volkes ist. Er hob die Verordnung auf und der Herr Regierungsrat bekam sehr deutlich die Meinung gesagt. Die ministerielle Verfügung lautet:

„Dieser Teil der Verfügung muß von mir auf das schärfste mißbilligt werden. Es steht der Kreisdirektion nicht zu, zu genehmigen oder zu versagen, welche Fahnen und Plakate von pri- vaten Veranstaltungen mitzuführen sind. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet dieser Ueberritt der Kreisdirektion eine Taktlosigkeit und eine Provokation. Ich hebe daher die Verfügung im Punkt 4. Abs. 2 auf. Ich ordne zu gleicher Zeit an, daß der Regierungsrat Hartwig sofort von der Vertretung der Kreisdirektion abzutreten ist. Herr Regierungsrat Hartwig hat bereits bei andern Gelegenheiten seine Ungeeignetheit und Unfähigkeit zu diesem Amte gezeigt. Er hat auch bei dieser Gelegenheit bewiesen, daß ihm jedes Verständnis für die neuen Verhältnisse im Staate abgeht. Herr Regierungsrat Hartwig hat sich darauf vorbereiten, in der nächsten Zeit aus seiner jetzigen Stellung vertrieben zu werden.“

„Wenn mich meine Gegner lobten, habe ich mir überlegt, ob ich nicht auf dem falschen Wege bin“, sagte August Bebel. Sepp Dertter ist auf dem richtigen Wege. Die bürgerliche Meute fällt wegen seines Vorgehens gegen diesen Reaktionär über unsern Genossen her, vor allem die Magdeburgerische Zeitung. Diese redet von gewissenlosen roten Machthabern, die eines Tages erleben können, daß die höheren Verwaltungsbeamten ihnen den Dienst aufkündigen mit dem Ausspruch des Sachsen-Königs, als dieser das Feld räumte: „Macht doch euren Dreck alleine“.

Sie werden sich hüten, und wenn sie es doch täten — solche Beamten, die ihr Amt so jämmerlich verwalten, sind durch schlechte Arbeiter jederzeit zu ersetzen.

Den Rechtssozialisten in der Reichsregierung aber wollen wir dies Musterspiel für den Umgang mit widerspenstigen und sabotierenden reaktionären Bürokraten warm zur Nachahmung empfohlen haben.

### Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 23. Juli. Auf die Aufzeichnung, die der französische Botschafter in Berlin am 16. Juli bei seiner Demarche wegen Oberbefehligen der deutschen Regierung überreichte, hat der Reichsminister des Auswärtigen heute abend dem französischen Botschafter folgende Antwort übergeben:

Die deutsche Regierung ist durch den Schritt des französischen Botschafters vom 16. Juli sehr erschrocken worden. Die französische Regierung führt Behauptungen über den angeblich „infolge des Ver- trages der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien“ und über die angebliche Gefahr einer gewalt- samen deutschen Aktion. Die deutsche Regierung hält es für un- möglich, daß die erhabenen Vertretungen hätten erstehen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zutreffend unterrichtet gewesen wäre. „Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Le Rond so- wie die dringenden Auteilungen der polnischen Regierung“, auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeich- nung beruft, bedeuken sich offenbar nicht mit den tatsächlichen Zu- ständen in Oberschlesien ab.“

Die Lage in Oberschlesien ist in keiner Weise durch das Ver- halten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur in Antwort auf die Angriffe gegen polnische Angriffe. Die deutsche Be- völkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres auton- Rechts mit der Gewalt zu verwechseln und wünscht nichts schärfer, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Berufs ohne Störung durch polnische Gewalttaten nachgehen zu können.

Die französische Aufzeichnung verweist auf angeblich „unge- heuerliche Verletzungen und unmittelbare Herausforderungen des Generals Höfer“, welche die Schwere des in Oberschlesien vor- bereiteten Angriffs bekräftigen sollen. Die deutsche Regierung wäre dankbar, wenn sie hierüber nähere Informationen erhalten könnte. Ihr selbst ist trotz Nachforschungen von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Höfer nichts bekannt geworden.

Die französische Aufzeichnung spricht weiterhin von deu- tischen Banden. Sollten mit dem Ausdruck „Banden“ die frühe- ren und inzwischen aufgelösten deutschen Selbstschutzzformationen gemeint sein, so muß diese für Verteidiger des Heimatbodens er- twardigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückge- wiesen werden.

Die Aufzeichnung beschwert sich ferner über deutsche Attentate, welche besonders gegen französische Truppen und Beamte gerichtet seien. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Montalégre ist nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutscher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, diese Tat mit dem deutschen Selbst- schutz oder mit der deutschen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.

2. In dem Rattiborer Falle handelt es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der einen Zug deutscher Pflanz- linge vor dem Bahnhof photographierte. Dieser französische Offi- zier, der während des Aufenthaltes die Uebergabe der Stadt Rattibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten stark gereizt. Er wurde an dem fraglichen Tage von der Menge bedrängt, welche die Herausgabe der Plakate von ihm forderte. Er zog sich in sein Hotel zurück und bedrohte von dort aus die Pflanzlinge mit Handgranaten. Schließlich gab er die Plakate heraus, die dem Kreisinspektor übergeben wurden. Mißhandlungen des Offiziers haben nicht stattgefunden.

3. Ueber den Fall des Hauptmanns Luz und des Leutnants Duval liegen nähere Nachrichten nicht vor. Die deutsche Regie-

rung würde dankbar sein, wenn ihr die zur Nachprüfung der An- gelegenheit erforderlichen Vorklagen zugänglich gemacht würden.

4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospi- tals stellt sich als die Handlung eines Betrunkene dar, der nach Schluß der Polizeistunde in ein dem Hospital benachbartes Wirtshaus einzudringen versuchte und von dem Wirt entfernt wurde.

5. Zu dem Fall der Mißhandlung des Untersuchungsrichters Eshdelin ist zu bemerken, daß es sich offenbar um einen Raheakt eines unschuldig in Untersuchungshaft genommenen Mannes handelt. Eine Verurteilung hat nicht stattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei absichtlich nicht eingeschritten wäre, läßt sich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten.

So bedauerlich diese in der französischen Aufzeichnung ange- führten Fälle auch erscheinen mögen, so lassen sie die von der fran- zösischen Regierung daraus gezogenen politischen Folgerungen nicht zu.

Die in der französischen Aufzeichnung aufgestellten Behaup- tungen über den deutschen Selbstschutz sind nicht zutreffend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den ober- schlesischen Selbstschutz ablehnen. Sie betont — wie in der Note vom 23. Mai — erneut mit Nachdruck, daß der ober-schlesische Selbst- schutz sich als eine aus dem Aufkommensstich der Bevölkerung her- vorgegangene Notwehraktion darstellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Interalliierten Kommission unterstellt ist. Die in der Aufzeichnung enthaltenen Angaben über die Stärke des Selbstschutzes, über die zahlenmäßige Beteiligung von Nichtober- schleslern entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. Nach der, gemäß den mit der Interalliierten Kommission getroffenen Ver- einbarungen, erfolgten Auflösung des Selbstschutzes sind seine ober- schlesischen Mitglieder in ihre Wohnstätten zurückgekehrt, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die übrigen Mitglieder haben sich in ihre Hei- mat begeben und ihre durch den Zustand unterbrochene Er- werbstätigkeit wieder aufgenommen oder haben, soweit sie ar- beitslos waren, von der ihnen in schlesischen und andern Kreisen unter Beihilfe der Gewerkschaften und anderer Organisationen ver- mittelten Arbeitsgelegenheit Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat, ihren Zusicherungen gemäß, die in das unbesetzte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschutzes, so- weit sie noch im Besitz von Waffen waren, von den aufgestellten Schutzpolizeikommandos entlassen lassen. Sollten wider Er- wartung auf unbesetztem Gebiet vereinzelt noch bewaffnete Truppen aufgefunden, werden sie

entwaffnet und aufgelöst

werden. Die französische Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Ober- leitung des Selbstschutzes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Höfer sich in Brles befände. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbstschutzes, das in Oberglogau seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und Oberglogau geräumt. General Höfer weilt nicht in Brles, wo er nur am 6. und 7. Juli gewesen ist, um die Auflösung des Selbstschutzes zu vollenden, vielmehr hat er sich von dort nach seinem Wohnsitz Koburg begeben und ist auf der Turckreise dort am 11. Juli in Berlin gewesen.

Während somit eine Befähigung des Friedens von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die erste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde. Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen hat in Ueberein- stimmung mit dem gesamten Kabinett auf dessen Wunsch am 20. Juni in einer Botsprechung mit dem französischen Botschafter über das Räumungsabkommen seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß er an die ernsthafteste Absicht der polnischen Insur- genten, das Abstimmungsgebiet zu räumen, nicht glaube. Die Tatsachen haben diese Auffassung voll bestätigt. Sie sind auch dem französischen Botschafter durch einen Rattiborer Augenzeugen am 7. Juli in Gegenwart des Außenministers bestätigt worden und sind der französischen Regierung bekannt. Die Räumung des Gebietes durch die Polen ist nur zum Schein erfolgt. Zwar sind die regulären polnischen Truppen und Teile der Halter-Truppen mit den schweren Waffen über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einfall bereit, in ihren Ausgangsstellungen versammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die

### gesamte militärische Organisation der Insurgenten

bestehen geblieben. Die Waffen sind versteckt, die Infolge der Amnestie straflos gebliebenen polnischen Führer stehen auf ihren Posten. Die Mannschaften, die nach ihren eigenen Angaben nur auf einige Wochen beurlaubt sind, warten nur auf den Befehl zu neuem Loszügen. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgeplante Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist nach hier vorliegenden Berichten für die Entwaffnung der polnischen Insurgenten bisher nichts Durchgeführtes geschehen. Zum Teil sind sogar in den neuver- gerichteten Gemeindeführer Insurgenten mit ihren Gewehren aufgenommen worden. Auch die Verwaltungsbevollmächtigten haben die Insurgenten nur zum Teil, und auch dann mehr nur zum Teil in als in Wirklichkeit, an die Interalliierte Kommission abgegeben. Die Landräte haben in manchen Kreisen nur eine stark beschränkte Amtsgewalt. Die Amtsvorsteher sind zum Teil vertrieben, oder können es nicht wagen, ihre Amtsbefugnisse auszuüben. Die Gemeindevorsteher stehen teilweise unter dem nachdrücklichen Einfluß ungeschlichter polnischer Beiräte. Wie sehr sich die polnischen Insurgenten als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verhaftungen deutschgeplante Leute, die immer wieder vorkommen, und zeigen besonders die polnischen Fahnen, die heute wieder über zahlreichen Werken wehen, nachdem sie für die Dauer der Urtzeit vom General Le Rond unternommenen Inspektionsreise eingeschossen waren. Vielfach haben auch die Insurgenten sogenannte Liqui- dationsbüros im Lande zurückgelassen, deren Leiter größenteils während des polnischen Aufstandes Insurgenten- führer gewesen sind, in Wahrheit aber sich mit der Vorbereitung neuer Aufschlüsse befäßigten. In Schoppin besteht noch heute das Hauptquartier Korsantins in Gestalt einer sogenannten Haupt- liquidationskommission.

Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die französische Regierung den vielen augenscheinlich von polnischer Seite aus- gehenden falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Richtigstellungen der ihr vor- liegenden Nachrichten zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß von der „Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deut- schen Drohung“ nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Vermehrung der französischen Streitkräfte schwe- rlich dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Ent- scheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu be- ruhigen.

Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Ultimatum nicht nur angenommen hat, sondern auch in seiner Ausföhrung schon weit fortgeschritten ist, den Beweis geliefert, daß ihre Orientierung auf Frieden und nicht auf kriegerische Abenteuer gerichtet, und daß das Ziel ihrer Politik die

### Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen

ist. Sie hat bereits ungeheure Leistungen finanzieller und wirt- schaftlicher Art vollbracht und hat auch in der Entwaffnungsfrage allen Forderungen Genüge getan. Die deutsche Regierung wird nach wie vor in diesem Bestreben fortarbeiten. Innerhalb weniger Wochen hat sie nur einiges zu nennen, die schwere Artillerie der Land- und Küstenbefestigungen sowie das von der Kontroll- kommission nicht zugelassene Gerät des Heeres, der Marine und der Polizei abgeliefert, sie hat die Herstellung von Luftfahrzeugen und Motoren verboten und alle in Deutschland noch bestehenden Selbstschutzzorganisationen entwaffnet und aufgelöst. Die Durch-